

Die beiden vorliegenden Texte, „Tortillakrise in Mexiko: Volle Tanks und leere Bäuche“ sowie „Vorsicht Greenwash!“ stammen von Reto Sonderegger, Biobauer und Umweltaktivist. Die Texte entstanden im Zusammenhang mit dem Vortragszyklus zu Ernährungssouveränität in Bern, an dem auch die ask beteiligt war. Die beiden Texte geben nicht unbedingt die Meinung der ask wieder, sind aber ein wichtiger Beitrag zur Meinungsbildung.

Tortillakrise in Mexiko: Volle Tanks und leere Bäuche

Die Vervierfachung des Tortillapreises in Mexiko innert weniger Wochen hat wütende Massenproteste ausgelöst. Als Grund für die plötzliche Teuerung des Grundnahrungsmittels wird der Importeinbruch von US-amerikanischem Mais genannt. Dieser wird in immer grösseren Mengen zur Ethanolproduktion verwendet, um ihn als Fahrzeugtreibstoff zu verwenden. Diese Begründung leuchtet auf den ersten Blick ein und ist auch wahr. Aber die Ursachen liegen wie so oft tiefer und reichen bis zu jenem 1. Januar 1994 zurück, an dem das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA in Kraft trat und die zapatistische Befreiungsarmee die Weltöffentlichkeit überraschte.

USA: Mais für Autos

Die gesteigerte Bioethanolproduktion in den USA führte im letzten Jahr dazu, dass 40 Millionen Tonnen Mais weniger auf dem Weltmarkt landeten. Diese Menge ist immerhin das doppelte der mexikanischen Maisproduktion. Wegen des kleineren Angebotes stieg der Weltmarktpreis in den letzten drei Monaten um 50 bis 60%. Die Konkurrenz zwischen vollen Tanks im Norden und leeren Mägen im Süden, beziehungsweise der Wettstreit darüber, ob landwirtschaftlich nutzbares Land zur Lebensmittel- oder Treibstoffproduktion gebraucht werden soll, ist die Folge davon und stellt eine neue soziale Realität dar. Doch der Boom wird die Energiekrise nicht lösen, sondern vielmehr neue Probleme schaffen. Auch wenn sich die Menschheit dazu entschliessen würde, ab sofort nichts mehr zu essen, reichte die erzeugte Biomasse bei weitem nicht aus, um den riesigen Energiebedarf der globalen Zentren zu decken. Wenn die USA beispielsweise ihre ganze Mais- und Sojaproduktion dafür einsetzen, um Ethanol bzw. Diesel herzustellen, würde dies bloss 12% der Benzin- und 6% der Dieselnachfrage decken. Kritische Wissenschaftler wie Ratzek und Pimentel kommen darüber hinaus zum Schluss, dass die Biotreibstoffproduktion energienegativ ist. Das heisst, dass mehr fossile Energie reingesteckt wird in Form von Maschinen, Düngern, Pestiziden, Transporten und Verarbeitung, als schlussendlich bei der Verbrennung des Treibstoffs im Motor gewonnen wird.

Der agroindustrielle Mais- und Sojakomplex ist durch den riesigen Pestizid- und Düngerverbrauch auch verantwortlich für die toten Zonen im Golf von Mexiko. Meistens sind die Biotreibstoffpflanzen in den USA gentechnisch verändert: beim Mais 52%, Soja 89% und Raps 50%. Es wäre also an der Zeit, möglichst schnell einen neuen Begriff für „Biotreibstoffe“ zu finden, weil sie mit Bio nun wirklich nichts zu tun haben. Vielmehr den Begriff missbrauchen und pervertieren. Agrotreibstoff tönt da nicht mehr so schönfärberisch.

Mexiko: Maismenschen ohne Mais?

Die Tatsache, dass Mexiko einen Viertel seines Maisbedarfs importieren muss, erstaunt auf den ersten Blick. Ist doch vor allem der Süden des Landes die genetische Wiege dieser Pflanze und tief in Kultur und Mythologie verankert. Die Agrarpolitik Mexikos erfuhr mit dem Beitritt zum NAFTA 1994 eine Wende. Die neoliberalen PRI- und PAN-Regierungen strichen Mindestpreise und Abnahmegarantien für inländische ProduzentInnen, technische Beratung und Kredite ebenso wie die Subventionen der Tortilla für die KonsumentInnen. Diese Regierungen wollten die [Campesin@s](#) dazu bringen, auf den Maisanbau zu verzichten, weil er zu teuer sei. Als Alternative schlugen sie den Billigimport von US-Mais vor und setzten es in die Tat um. Die mexikanischen

ProduzentInnen sollten ihrerseits Exportmärkte erobern, anstatt der einheimischen Bevölkerung die Grundversorgung mit Lebensmitteln zu garantieren. Die Bauernproteste in der ersten Hälfte der 90er Jahre, die im zapatistischen Aufstand gipfelten, sagten vor 15 Jahren voraus, was heute eingetroffen ist: wenn der Preis für das Importgut Mais steigt, werden wir hungern und zudem merken, dass wir unsere nationale Souveränität verkauft haben.

Einen weiteren Preis, den Mexiko für die Maisimporte bezahlen musste, ist die Kontamination der einheimischen Sorten durch Gentechmais. Sogar in den Kerngebieten in Guerrero und Oaxaca sind GVO-Verschmutzungen wissenschaftlich nachgewiesen worden.

Knappheit oder Preisspekulation?

Verschiedene Stimmen in Mexiko meinen, dass zwar weniger Mais auf dem Markt ist, was aber nicht bedeutet, dass es keinen Mais hätte. Spekulanten horten ihn in Lagern und verkaufen dann bei steigenden Preisen. Einerseits gibt es solche Spekulationskäufe, aber auch solche, die jetzt aus Angst vor einer viel stärkeren Knappheit vor der nächsten Ernte ihre Lagerbestände möglichst auffüllen wollen. Der Staat hat die Kontrolle über die Verarbeitung und Verteilung des Maises mit dem Rückzug aus diesem Sektor und der damit einhergehenden Zerschlagung der staatlichen Conasupo (Compañía Nacional de Subsistencias Populares) verloren und in die Hände privater nationaler und internationaler Grossfirmen (Cargill, Archer Daniel Midlands) gelegt. Öffentliche Gelder werden heute also nicht mehr für die Unterstützung einheimischer ProduzentInnen ausgegeben, damit sie den einheimischen Markt versorgen, sondern dafür, um bei US-amerikanischen Agromultis Gentechmais zu kaufen. Längerfristig und in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten System wäre die Subventionierung der eigenen Bäuerinnen und Bauern sicher billiger gekommen als das Angewiesensein auf Importe von Aussen. Der Tortillapreis stieg zwischen 1994 und heute um 738%, weil die staatlich verordneten Höchstpreise ausser Kraft gesetzt wurden. Dies führte zu einem massiven Anstieg der Tortillaproduzenten von 35000 auf 65000. Da die MexikanerInnen insgesamt nicht mehr Tortilla assen, mussten die Marktverluste mit höheren Preisen aufgefangen werden. In diesem Segment sind deshalb wohl auch die grössten ökonomischen Gewinner der Tortillakrise zu finden.

Eine Tonne Mais in der Hauptstadt kostet 3370 Pesos. Ein Kilogramm also 3.37 Pesos. Dies sind „nur“ 1.52 Pesos mehr als vor einem Jahr. Und auch wenn der Maispreis gegen drei Viertel der Tortillaproduktionskosten ausmacht, kann der Rohstoffpreis eine Vervierfachung des Preises nicht erklären.

Die Maisproduzenten von Sinaloa haben in ihren Lagern 4.5 Millionen Tonnen Mais, den sie jetzt verkaufen wollen, um die Knappheit aufzufangen, damit niemand Hunger leiden muss wegen fehlendem oder zu teurem Mais. Aber leider sind viele Brücken und Eisenbahnlinien zerstört oder in so schlechtem Zustand, dass die Lieferungen nur tröpfchenweise durchsickern.

Radikaler politischer Kurswechsel gefordert

Die Bauernorganisationen Mexikos, zerstritten und gespalten, rauften sich zusammen und erreichten bei der Regierung Gelder in der Höhe von 20 Milliarden Pesos für die Stützung der einheimischen Produktion. Zusammen mit sozialen Bewegungen fordern sie eine grundlegende Neudefinition der nationalen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik. Nur mit Ernährungssouveränität kann eine politische Souveränität von der Übermacht im Norden erstritten werden. Ohne die Basis der eigenen Ernährung kann Hunger jederzeit als politische Waffe eingesetzt werden. Der Kampf für gesunde, zugängliche und genügende Lebensmittel von guter Qualität hat also in diesen Tagen starken Rückenwind bekommen und es bleibt zu hoffen, dass die mexikanischen KleinbäuerInnen von den grossen Playern im internationalen Agrobusiness möglichst viel Terrain abjagen können.

Vorsicht Greenwash!

Wie grosse Umweltschutzorganisationen das Räderwerk des internationalen Agro- und Forstbusiness schmieren

Es gibt wohl kaum ein Schweizer Kind, das den herzigen Panda nicht kennt, den Image- und Werbeträger des World Wildlife Fund (WWF). Sehr viele von ihnen spenden gar Teile ihres Sackgeldes für den Schutz von Tigern und Elefanten und für Projekte, die ihre natürlichen Lebensräume schützen sollen. Doch kaum jemanden ist bewusst, dass der WWF Runde Tische mit denjenigen organisiert, die neben dem Massenkonsum im Norden die Hauptverantwortung für das gigantische Zerstörungswerk tragen. Deshalb sollen nun ein paar kritische Blicke auf die Runden Tische für nachhaltiges Palmöl und verantwortbare Soja sowie auf das Holzlabel FSC geworfen werden.

Roundtable on sustainable palm oil (RSPO)

Ausgehend von einem kleinen Treffen im September 2002 in London zwischen Palmölproduzenten, Händlern und Verteilern entstand diese Initiative, die sich zur Aufgabe gemacht hat, nachhaltiges Palmöl erst zu definieren und dann den globalen Markt damit zu versorgen.

Hauptproduktionsgebiete von Palmöl sind Indonesien und Malaysia, aber zunehmend auch Kolumbien, Ecuador und afrikanische Staaten wie etwa Ghana. Palmöl ist ein fast überall einsetzbarer Rohstoff und deshalb einer der beliebtesten Agrarrohstoffe (Commodity). Von Waschmitteln und Seifen über Margarine und Kosmetika: überall ist Palmöl drin. Es erstaunt deshalb auch nicht, dass der Präsident des Roundtable on Sustainable Palmoil, Jan-Kees Vis, für Unilever arbeitet. Unilever ist ein britisch-niederländischer Konzern mit Schwerpunkten in der Nahrungsmittelindustrie, der Produktion von Parfums/Kosmetika und Textilpflegeprodukten. In letzter Zeit ist die Nachfrage nach Palmöl vor allem wegen des Biotreibstoffbooms in der EU ausserordentlich stark gestiegen. Die Nachfrage nach einem sogenannten grünen Antriebsstoff für unseren Mobilitätswahn lässt die restlichen Regenwälder Südostasiens immer schneller in Rauch aufgehen. Einmal abgebrannt, werden auf dem freigewordenen Land Palmölplantagen errichtet. Da es sich um Bäume handelt, die Photosynthese betreiben und so Kohlendioxid speichern, gelten sie als klimaneutral und werden im Rahmen des Kyoto-Protokolls als Kohlenstoffsenken geadelt. Dass ein Regenwald viel mehr CO₂ speichert als eine Plantage, wird dabei ebensowenig in Betracht gezogen wie der gigantische CO₂-Ausstoss bei den Brandrodungen. Allein der Ausstoss dieses Schadgases wegen dem Niederbrennen des südostasiatischen Urwaldes wird auf 15% der weltweit von Menschenhand verursachten Emissionen geschätzt. Laut der deutschen NGO Rettet den Regenwald verlor Indonesien bis 5 Millionen Hektar Wald durch Umwandlung in Palmölplantagen und in Malaysia sind seit 1985 solche Plantagen für 87% der Waldverluste verantwortlich. Biodiesel hat also nichts mit Bio (Leben) zu tun, sondern bedeutet Tod und Zerstörung. Mit Kahlschlagdiesel werden wir die Erde nicht retten.

Der Runde Tisch ist von multinationalen Konzernen dominiert und entsprechend lasch sind auch die Kriterien für eine „nachhaltige“ Produktion ausgefallen. So ist das hochtoxische Totalherbizid Paraquat von Syngenta nach wie vor geeignet, um nachhaltiges Palmöl zu produzieren. Die Erklärung von Bern schrieb dazu in einem Kommuniké im November 2005: „Es ist sehr verwunderlich, dass die Palmöl-Kriterien die Bedenken zu Paraquat bis heute nicht widerspiegeln. Keine anderen Kriterien sind im Bereich der Pestizide so schwach wie diejenigen zu Palmöl. Ein Grund dafür könnte die Verbindung des RSPO mit der Pestizid-Industrie sein. Der Schweizer Konzern Syngenta, der wichtigste Produzent von Paraquat, spendet das offizielle Abendessen während des RSPO Treffens in Singapur. Es zeugt bekanntlich nicht von guten Manieren, die Hand zu beissen, die einen füttert, doch die Teilnehmer des Roundtable for Sustainable Palm Oil müssen sich entscheiden: Entweder sie dienen den Interessen der Pestizid-Industrie oder denjenigen der Palmöl-Arbeiterinnen und -Arbeiter, für die nur eine Paraquat-freie Produktion nachhaltig ist.“

Auch die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Ausdehnung der Palmölplantagen sollten jedem und jeder klar machen, dass es unter diesen Umständen keine nachhaltige Produktion geben kann, weil sie gleichbedeutend sind mit Tropenwaldvernichtung, Landvertreibung von Kleinbauern und Indigenen, Mord, Folter und der Vergiftung der natürlichen Ressourcen. Im Regenwald Report 3/2006 wird deshalb Position gegen jegliche Nachhaltigkeitszertifizierung von Biodiesel aus Palmöl bezogen: „Statt Palmöl mit einem Zertifizierungssystem ein grünes Mäntelchen umzuhängen, ist ein EU-weites Gesetz erforderlich, dass die industrielle Energiegewinnung aus tropischen Pflanzen verbietet.“

Roundtable on sustainable/responsible soy (RTRS)

Das erste Treffen des Runden Tisches zu Soja fand im März 2005 im brasilianischen Foz de Iguazu noch unter dem Adjektiv nachhaltig statt. Gleichzeitig ging in einer Schule und Ansiedlung der brasilianischen Landlosenbewegung MST ein Gegentreffen und vor dem Hotel eine Protestdemonstration von ökologischen und bäuerlichen sozialen Bewegungen über die Bühne. Nachdem im Mai 2006 in der WOZ ein sehr kritischer Artikel zu dieser WWF-Soja erschienen war, in dem der Nachhaltigkeitsanspruch zerpfückt wurde, wurde der Runde Tisch vom nachhaltigen zum verantwortungsbewussten (responsible) umbenannt.

Hauptakzent dieser Initiative ist die Verhinderung der Zerstörung von Primärvegetation zur Sojaproduktion. Dafür sollen bestehende Flächen effizienter genutzt werden. Doch gerade unproduktive landwirtschaftliche Flächen sollten eigentlich laut brasilianischem Gesetz an landlose Familien verteilt werden. Somit stellt sich diese Initiative gegen die Massenbewegung von [Campesin@s](#) und Sintieras und läuft Gefahr, diese als Hauptursache von Entwaldung anzusehen, wie es im Schweizer Dokumentarfilm „Christine und der Urwald“ passiert. Christine ist eine Bernerin, die zusammen mit ihrem Mann 1978 nach Paraguay ging, wo damals finsterste Diktatur herrschte. Mitte der 70er Jahre waren die befreiungstheologisch inspirierten Ligas Agrarias zerschlagen worden und Strössner holte gezielt ausländische Siedler ins Land und verteilte ihnen das Land, wo vorher die Kleinbauern vertrieben wurden. Das Schweizer Ehepaar allerdings kaufte sich knapp 300 Hektar Wald und verwandelte den grössten Teil in Ackerland. Heute fliegen sie mit einem vom WWF finanzierten Leichtflugzeug Aufklärungsflüge über dem Parque San Rafael, um Herde von Brandrodungen oder illegale Siedlungen zu entdecken. Es stimmt, dass es Landlose in dieser Zone gibt. Aber sie als die grössten Waldzerstörer zu denunzieren, heisst aus Opfern Täter zu machen. In Paraguay wird auf über 2 Millionen Hektar Soja angebaut, überwiegend gentechnisch veränderte. Eine Million Hektar davon auf Agrarreformland, welches Grossgrundbesitzern und Agrofirmen von korrupten Beamten ausgehändigt wurde. Auf der anderen Seite gibt es fast eine halbe Million Landlose bei einer Einwohnerzahl von sechs Millionen. Um zu überleben, gehen einige wenige in den Wald, um dort ihre Selbstversorgung sicherzustellen. Das grundsätzliche Problem ist die Besetzung des paraguayischen Agrarlandes durch Soja, die für den Export nach Europa und China bestimmt ist, um dort in industriell betriebenen Tierfabriken Fleisch herzustellen. Und genau dieses Problem wird am Runden Tisch nicht angegangen. Denn sie wollen die Probleme auf dem Marktweg lösen, indem sie möglichst alle Interessengruppen vereinen (multistakeholder process).

Doch von denen haben die wenigsten ein Interesse daran, das Modell industrieller Fleischproduktion in Europa in Frage zu stellen. Solange wir im Norden viel und billiges Geflügel- und Schweinefleisch essen, ohne für diese Tiere eine eigene Futtergrundlage zu haben, wird der Druck auf die südamerikanischen Landwirtschaftsflächen anhalten. Mit dem Boom der Biotreibstoffe aus Soja und Zuckerrohr nimmt der Druck weiter zu. Die expandierenden Zuckerrohrflächen treiben die Soja weiter nach Westen in den Amazonas hinein. Die Entwaldungsraten steigen entsprechend an. Ein pikantes Detail: der weltweit grösste private Sojaproduzent heisst Blairo Maggi und ist gleichzeitig Gouverneur der Provinz Matto Grosso. Sein Übername ist Sojakönig. Und auf sein Reich entfällt fast die Hälfte der jährlichen Amazonasabholzung (2004: 12546km²; 48%). Selbstverständlich ist die Grupo Maggi Teil des

Runden Tisches. Solche Leute haben logischerweise ein riesiges Interesse daran, westlichen NGO's gegenüber denjenigen sozialen Gruppen die Schuld zuzuschieben, die ihre persönlichen ökonomischen Interessen bedrohen.

Wir im Norden müssen uns Fragen, wie hier eine nachhaltige Landwirtschaft aussehen kann, die ohne Sojaimporte aus Lateinamerika auskommt. Wir müssen weniger Geflügel und Schweine essen, die direkte Nahrungskonkurrenten des Menschen um Getreide sind. Auch sollte in der Tierzucht ein Schritt rückwärts gemacht werden. Die heutigen Hochleistungsrassen sind mit Spitzensportlern zu vergleichen, bei denen ein kleinstes Ungleichgewicht zum Zusammenbruch der Leistung führen kann. Die Milchkühe sind derart überzüchtet und haben ein genetisch bestimmtes Leistungspotential, bei dem sie hochkonzentriertes Futter fressen müssen, um nicht krank zu werden. Anstatt Gras und Klee fressen sie dann hauptsächlich Mais und Soja. Als KonsumentInnen hier müssen wir also darauf schauen, Milch- und Fleischprodukte auf Weidebasis zu kaufen. Denn das ist ja das Geniale an den Wiederkäuern, dass sie in der Lage sind, aus Grünland Fleisch und Milch zu produzieren.

Dass die Nachfrage in Europa nach proteinhaltigen Futtermitteln derart stieg, hängt mit dem im Jahr 2000 verhängten Fütterungsverbot von Tiermehlen zusammen. Anstatt Tierkadaver aufzubereiten und sie als Dünger oder Futter zu gebrauchen, werden sie heute als Sonderabfall in den Zementfabriken verbrannt. Tiermehl wäre bei fachgerechter Aufbereitung und bei ausschliesslicher Verfütterung an Allesfresser wie Hühner oder Schweine bedenkenlos. Aber anstatt in diese Richtung zu gehen, gilt jetzt neu ein Fütterungsverbot von Speiseabfällen in der EU, das auch von der Schweiz im Rahmen der bilateralen Verträge übernommen werden wird. Dieses Verbot wird dazu führen, dass die Nachfrage nach importierten Futtermitteln weiter steigt. Solange wir es vorziehen, unsere eigenen Ressourcen lieber zu vernichten als sie zu nutzen, werden andere anderswo auf diesem Planeten die Rechnung dafür bezahlen.

Voller Tank und leere Bäuche

Im Zusammenhang mit dem Boom nach Biotreibstoffen, droht weltweit eine erbitterte Konkurrenz zwischen Treibstoff- und Nahrungsmittelproduktion. Sie droht nicht nur, sie ist schon da. In Mexiko spricht man von der Tortillakrise, weil die Maispreise innert Kürze um 400% gestiegen sind, weil die US-Amerikaner ihren Mais nicht mehr exportieren sondern Bioethanol daraus machen, um Autos anzutreiben. Die weltweiten Getreidelagerbestände sind ebenfalls auf einem Tiefpunkt angelangt und die Preise entsprechend am anziehen. Um vorauszusehen, was passiert, braucht man kein Hellseher zu sein, bei den Gesetzen des Marktes. Das Getreide kriegen diejenigen, die dafür den höheren Preis bieten. Das sind nun mal die „ökologisch bewussten“ AutofahrerInnen im Norden, die eine viel höhere Kaufkraft haben als trikontinentale Unterschichten. Es bleibt nur zu hoffen, dass aus den Ländern des Südens als Antwort eine agrarpolitische Wende in Richtung Ernährungssouveränität kommt. Darüber wird Ende Februar in Mali am Ernährungssouveränitätsgipfel diskutiert. Neben bäuerlichen Basisbewegungen werden auch die Fischer stark vertreten sein, neben NGO's und Regierungsvertretern. In Mali, Senegal und Kamerun wurden schon konkrete politische Schritte unternommen, um die Nahrungsmittelversorgung wieder unter die eigene Kontrolle zu bringen und Billigimporte von Lebensmitteln zu unterbinden, die die bäuerlichen Existenzen ruinieren und die Menschen auf die Fischerboote Richtung Kanaren treiben. Nepal hat das Prinzip der Ernährungssouveränität in die Verfassung aufgenommen und Hugo Chavez arbeitet zusammen mit Via Campesina ebenfalls sehr stark in diese Richtung. Den Kampf der Menschen aus dem Süden für die territoriale Kontrolle und die selbstbestimmte Nutzung der natürlichen Ressourcen (Land, Wasser, Bodenschätze etc) unterstützen wir am besten mit einer radikalen Infragestellung unseres Lebensstandards und Ressourcen- und Energieverbrauchs. Importierte „grüne“ Rohstoffe für die Treibstoffproduktion können unter den herrschenden Bedingungen nie nachhaltig sein. Darum sind auch die Bestrebungen nach Zertifizierungen von verschiedenen Umwelt-NGO's entschieden abzulehnen.

Bei Gentechpflanzen und einem immensen Einsatz von Kunstdüngern und Pestiziden sollte es auch verboten werden, von „Bio“energie und „grünen“ Rohstoffen zu sprechen.

Another greenwash-story

Zum Schluss noch ein Musterchen Nachhaltigkeitszertifizierung am Beispiel des FSC-Labels. FSC heisst Forest Stewardship Council und ist ein Label, das die Nachhaltigkeit von Forstprodukten kennzeichnen soll. Doch das Label gerät immer wieder in Schieflage. Erstmals schon Mitte der neunziger Jahre in Chile, wo Mapuche-Indigenas dagegen protestierten, dass internationale Holzfirmen ihre riesigen Monokulturen in ihren traditionellen Lebensgebieten errichteten und dafür als nachhaltig zertifiziert wurden. Wie so oft werden aus einer eurozentristischen und nach wie vor kolonialen Perspektive die Menschen im Süden ausgeklammert und nur der Bedürfnisbefriedigung der zahlungskräftigen Kundschaft im Norden Bedeutung zugemessen. Eine Kundschaft, die sich selber über die Folgen ihres Konsums hinwegtäuschen will, und mit den fragwürdigen Labels endlich wieder mit gutem Gewissen und weiterhin selbstgerecht durchs Leben gehen kann. FSC-International hat selbst einmal eine Kampagne mit dem Titel „FSC guarantees peace of mind to consumers“ durchgeführt. Dass die KonsumentInnen sich aber eben nicht zurücklehnen dürfen, zeigt der jüngste Skandal um FSC. Das Schweizer Forstwirtschaftsunternehmen Prime Forestry Group PFG aus Zürich betrieb in Panama Teakplantagen und bot angeblich lukrative Baumpartnerschaften an. Der Geschäftsführer Kurt Emil Meier versprach den investitionswilligen Kunden einen wertvollen Beitrag zum Schutz der Umwelt (FSC-Zertifikat) und überdurchschnittliche Renditen gemäss seiner Philosophie „Business and Nature in Harmony“. Bis Mitte 2005 hatten rund 3500 Investoren 63 Millionen Franken investiert, die grösstenteils in ein Firmengeflecht in der Karibik geflossen sind. Staatsanwalt Martin Grob geht davon aus, dass die Anleger um eine Summe von etwa 16 Millionen Franken geprellt wurden. Doch die andere Seite des Skandals ist die hochkarätige Schützenhilfe von Carol Franklin Engler, der ehemaligen Geschäftsführerin des Schweizer WWF, die als Vizeverwaltungsrätin fungierte. Engler ist ja auch im Zusammenhang mit dem WEF ein Thema, als es darum ging, verlorene Legitimation zurückzugewinnen vor der Arbenzinitiative und dem Open Forum. Wie auch immer: ein Paktieren mit dem Big Business wird die Abholzungen nicht stoppen und die Welt in eine lebenswertere für alle verwandeln. Die einzige Alternative ist der Verzicht auf Tropenholz und was bleibt, ist die Gewissheit, dass nur basisdemokratische Prozesse von unten unsere Situation längerfristig und nachhaltig verändern können, in denen wir lernen von unseren eigenen Ressourcen zu leben anstatt sie überall zusammenzuplündern.